

Stellungnahme des Club Helvétique zum Thema Neutralität aus Anlass des Ukrainekrieges

Schweizer Solidarität ist gefragt, nicht Neutralität

Die Kontroverse um die Haltung der Schweiz zum Konflikt in der Ukraine zeigt erneut: Es findet ein endloser Eiertanz um einen Mythos der Neutralität statt. Dabei gehen insbesondere Vertreter und Vertreterinnen der Neutralitätsinitiative von geschichtswidrigen Vorstellungen aus.

Schon 1848 zeigte sich die Schweiz solidarisch mit liberalen und demokratischen Bewegungen in ganz Europa. Einige von deren Exponenten haben als politische Emigranten die Geschichte der modernen Schweiz mitgeprägt. Im Jahre 2023, dem 175. Jubiläum der modernen Bundesverfassung, erscheint es nötiger denn je, dass sich die schweizerische Aussenpolitik nach den in der Verfassung verankerten Zielen richtet. Danach setzt sich der Bund ein für «die Wahrung der Unabhängigkeit der Schweiz und für ihre Wohlfahrt; er trägt namentlich bei zur Linderung von Not und Armut in der Welt, zur Achtung der Menschenrechte und zur Förderung der Demokratie, zu einem friedlichen Zusammenleben der Völker sowie zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen». *Das* sind die Werte, die eine solidarische Schweiz in ihrer Aussenpolitik verteidigt; die Neutralität gehört nicht hierhin, sie war immer ein Mittel, kein Ziel.

Die Schweiz hat seit langem ihre Neutralität flexibel gehandhabt und wiederholt wirtschaftliche Sanktionen gegen Staaten mitgetragen, die in krasser Weise gegen elementare Regeln des Völkerrechts verstossen haben, wie Putins Russland heute. Behauptungen, wonach die Übernahme der EU-Sanktionen aufgrund der Aggression gegen die Ukraine eine Abkehr von der bisherigen Praxis bedeuteten, sind falsch. Ebenso falsch ist, dass die Guten Dienste der Schweiz von der Neutralität abhängen. Auch Mitgliedstaaten der NATO wie etwa Norwegen und die Türkei waren als Vermittler gefragt.

Grundsätzlich ist die Bedeutung der schweizerischen Neutralität in Frage zu stellen. Historisch war sie zwar erfolgreich bei Kriegen zwischen europäischen Staaten im Umfeld der Schweiz, im Europa der EU kann sie hingegen keine vernünftige Rolle mehr spielen. Denn die Geschichte lehrt uns, dass die Neutralität immer nur so viel wert war, wie sie im Interesse aller kriegsführenden Staaten lag. Das war im Europa des 19.

Jahrhunderts der Fall, dem geschichtlichen Hintergrund der Haager Landkriegsordnung von 1907. Diese bildete die Basis der völkerrechtlichen Neutralität. Mit dem in der UNO-Charta verankerten Gewaltverbot und dem Recht auf kollektive Selbstverteidigung verlor sie ihre Bedeutung, was auch der schweizerischen Neutralität die Berechtigung entzieht.

Gefordert ist heute und morgen eine kluge und vorausschauende Aussen- und Sicherheitspolitik auf der Grundlage unserer Verfassungsziele, eine Politik, die sich nicht hinter einem diffusen und geschichtswidrigen Bild der Neutralität versteckt. Eine Politik, die den demokratischen Grundwerten verpflichtet ist, den Werten mit welchen das Europa von heute versucht, sich als eigenständige Kraft in einer multilateralen Welt Geltung zu verschaffen, und zwar auf Augenhöhe mit den Grossmächten. So wie das die EU mit ihrer klaren Unterstützung der Ukraine im Kampf für genau diese zentralen demokratischen Werte tut.

Keine Sanktionen zu übernehmen, wie die Initiative das fordert, und bei Konflikten keine Stellung zu nehmen, bedeutet letztlich, sich um seine Verantwortung zu drücken. Es heisst, die Angreifer gleich zu behandeln wie die Angegriffenen. Es heisst, Täter und Opfer gleichzustellen. Damit gäbe die Schweiz, das Land der humanitären Tradition, der Hort der Menschenrechte, ihre eigenen Ansprüche auf zugunsten eines ängstlichen Wegduckens.

Juli 2023